

Zur Protestveranstaltung gegen das „Bündnis für Arbeit“

Auf nach
Berlin!

am Freitag, den 25. Jan. 2002, vorm Kanzleramt

**Ausbildung für alle!
mehr Geld für Bildung!
höhere Löhne!**

Weitere Forderungen siehe Aufruf „Raus aus dem Bündnis für Arbeit“!

Fortdauer des Lehrstellenmangels, steigende Arbeitslosigkeit auch bei Jugendlichen, Reallohnsenkung für die Arbeiter/innen, längere Arbeitszeiten, Privatisierung der Rente, Steuergesetze zugunsten der Reichen, Verarmung der öffentlichen Haushalte, fehlendes Geld für Bildung, u.v.a.m..

Das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerb“ spielt eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung dieser unsozialen Politik gegen Schüler/innen, Jugendliche und Arbeiter/innen. In ihm sitzen Arbeitgeberbosse, Regierung und Gewerkschaftsvorsitzende(!) an einem Tisch.

Löhne

Beim Treffen am 25. Jan. wird sich Schröder erneut für "maßvolle Lohnabschlüsse", d.h. für Lohnsenkungen einsetzen!

Im Klartext:

Das „Bündnis“ will einen weiteren Sozialabbau zugunsten der Profite durchsetzen um den Standort Deutschland der kapitalistischen Globalisierung anzupassen.

Bildung
Ausbildung

Aktuell wird wegen der erschütternden Ergebnisse der **Pisa-Studie** auch das Thema Bildung eine Rolle spielen. Doch im Kontext der bisherigen Absprachen haben wir auch bei diesem Punkt nichts Gutes zu erwarten.

Wir erinnern uns:

Als es um die Ausbildung ging, hat das „Bündnis für Arbeit“ bereits beim ersten

Deshalb unterstützt die LandeschülerInnenvertretung (LSV) Hessen den öffentlichen Protest gegen das „Bündnis für Arbeit“ und fordert den Ausstieg der Gewerkschaften aus diesem „Bündnis“.

Die Arbeitgeber, so Dieter Hundt, wollen Korrekturen in der Wirtschafts-, Sozial- und Tarifpolitik durchsetzen. (FR, 8.12.01)

Auch Ludwig Braun, Chef des Deutschen Industrie und Handelstages, will seine Forderung nach einer „tarifpolitischen Nullrunde“ verteidigen.

Für Handwerkspräsident Dieter Philipp sind „die Gesundheitsreform“ die „Flexibilität der Lohnfindung“ und die „**Beseitigung der Bildungsmisere an den Schulen**“ ein wichtiges Thema. (FR, 24-12-01)

Aktuell: Statt Lohnerhöhungen wollen Regierung und Arbeitgeber die Niedriglöhne Zulasten aller Arbeiter/innen staatlich stützen. (FR, 18.1.02)

Treffen (1998) die Einführung der gesetzliche Umlagefinanzierung zu Fall gebracht. Die Umlagefinanzierung sieht vor, dass alle Betriebe an der Ausbildung beteiligt werden:

Wer nicht ausbildet, soll zahlen!

Die Arbeitgeber verweigern mit Duldung der Gewerkschaften(!) und der Rot-Grünen Regierung weiterhin ein gesetzlich garantiertes „Recht auf Ausbildung“.

So dauert der Lehrstellenmangel seit 1995(!) bei gleichzeitiger Zunahme des Fachkräftemangels fasst unvermindert an.

Zur Unterstützung der Protestaktion, am 25. Jan. wollen wir mit einem Bus von Hessen nach Berlin fahren. Anmeldung siehe Rückseite! >>>>

Auf nach
Berlin!

zur Protestveranstaltung gegen das Bündnis für Arbeit
Fr., 25. Jan. in Berlin, Kanzleramt

Ausbildung für alle
mehr Geld für die Bildung
höhere Löhne

.....
weiter siehe Aufruf „Raus aus dem Bündnis für Arbeit“ und Infos unter:

www.lsv-hessen.de oder www.gegen-buendnis-fuer-arbeit.de Kontakte: info@ausbildungsplatzgesetz.de

Reiseplan Hessen von Do., 24. bis So., 27. Jan. 2002

- Donnerstag** Anreise: Abfahrt **15.00 Uhr Darmstadt, Hbf**, > Autobahn A5 / A7 >
Zustieg möglich in Frankfurt, Alsfeld, Bad Hersfeld, Kassel, Braunschweig?,?
>>> Ankunft: ca. 22 Uhr,
- Freitag** **Protestaktion beim „Bündnis für Arbeit“, Kanzleramt**
Zeit zur freien Verfügung
- Samstag:** Zeit zur freien Verfügung
- Sonntag** Rückreise: 12 Uhr, > Ankunft in Kassel, ca. 17 Uhr, Darmstadt, ca. 19 Uhr
- Fahrtkosten:** Schüler/innen und Azubi 20 DM / 10 EUR, Erwerbstätige 40 DM / 20 EUR
Übernachtung: kostenfreie Unterkunft, privat bzw. im Jugendzentrum
Verpflegung: Selbstversorgung

Ob die Fahrt wie geplant mit einem 50-er Bus durchgeführt werden kann, hängt vor allem von der Beteiligung ab. Deshalb: bitte sofort anmelden
beim Bündnis gegen Ausbildungsplatzmangel und Jugendarbeitslosigkeit
c/o Helmut Weick: Fon: 06257-64077, Fax: -64078 Mail: info@ausbildungsplatzgesetz.de

verbindliche

Anmeldung zur Teilnahme

an der Fahrt zur Info- und Protestaktion gegen das „Bündnis für Arbeit“, 24. – 27. 1. 2002 in Berlin

Name, Anschrift, Fon/Fax/Mail

Ich möchte in zusteigen.

- Ich komme privat unter Ich brauche eine Übernachtung

Wegen der Busbestellung / Platzreservierung
Rückmeldung schnellstmöglich!

Rückseite: Kurzinfo zur Aktion >>>